

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger des Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlig, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Petrichsort, Marienau, den Müllengrund, Rubschnappel und Trischheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 10.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Grundzeile wird mit 1,50 M. für auswärtige Besteller mit 1,75 M. berechnet. Im Reflekt- und amtlichen Teile kostet die dreigehaltene Zeile 3,50 M., für Auswärtige 4.— M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postkontonummer Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 37

Montag, den 13. Februar 1922

72 Jahrgang

Hausarbeitsgesetz.

Jeder Gewerbetreibende, Faktor, Zwischenmeister, Ausgeber usw., der Arbeit an Hausarbeiter (Heimarbeiter) ausübt, ist nach § 13 des Hausarbeitsgesetzes verpflichtet, ein Verzeichnis der bei ihm beschäftigten Hausarbeiter zu führen. Jeder Gewerbetreibende muß außerdem die für ihn tätigen Faktoren, Zwischenmeister, Ausgeber usw. in das Verzeichnis aufnehmen. Das Verzeichnis ist nach dem unten abgedruckten Vordruck zu führen und eine Abschrift desselben nach dem Stande vom 15. Februar 1922 bis zum 18. dieses Monats im Meldeamt abzugeben. Unterlassung zieht Bestrafung nach § 30 des Hausarbeitsgesetzes nach sich.

Verzeichnis der vom in Lichtenstein-Callnberg beschäftigten Hausarbeiter.

Nr.	Name der Hausarbeiter	Wohnung	Name der Zwischenmeister und Ausgeber	Wohnung

Vordrucke können von der Formulardruckerei Alexander Wiebe, Chemnitz, Theaterstraße 5, unter der Bezeichnung F 1 für hausarbeitsgebende Gewerbebetriebe, F 2 für Ausgeber oder Zwischenmeister bezogen werden.

Stadtrat Lichtenstein-Callnberg, den 13. Februar 1922.

Kurze wichtige Nachrichten.

- Die 18-gliedrige deutsche Kommission für die deutsch-polnischen Verhandlungen ist in Genf eingetroffen, wo heute die Beratungen beginnen.
- Der Streik auf dem Lübecker Hochofenwert ist wieder beendet, nachdem sich bei einer Arbeiterabstimmung 617 Stimmen für und 640 Stimmen gegen die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen hatten.
- Während in den städtischen Betrieben Berlins die Arbeit verlustlos wieder aufgenommen wurde, stockt der Straßenbahnverkehr noch, da Streikende die Arbeitswilligen terrorisierten.
- Zwischen der Baustelle Friedland und der Baustelle des Ostpreußen-Kraftwerks hatten Kinder einen Sprengkörper gefunden, an dem sie sich zu schaffen machten, sodas eine Explosion erfolgte. 7 Kinder wurden durch herumliegende Sprengstücke getötet, zwei noch am Leben ins Krankenhaus gebracht, wo sie aber inzwischen ebenfalls ihren Verletzungen erliegen sind.
- Der verstorbene Papst hat dem Erzbischof von München, Freising, zur Unterstützung lungentranter deutscher Studenten 400 000 Lire gestiftet.
- Sonntag vormittag fand in St. Peter die feierliche Krönung Bis. XI. statt.
- Die englische Regierung hat beschlossen, eine interalliierte Sachverständigenkonferenz nach London zu berufen, um die in Genus zu behandelnden Fragen zu besprechen. Laut Tempo wünscht die französische Regierung Paris als Ort dieser Konferenz.
- Aus Neapel wird gemeldet: Die Gewerkschaften haben wegen Forderungsbewilligung der Lohnforderungen der Hafenarbeiter heute den Generalstreik proklamiert, der sich auf die ganzen Provinzen ausdehnen droht.
- Ein Kongreß der Vertreter ausländischer Vereinigungen der Gläubiger in Rußland ist gestern nachmittags unter dem Vorsitz des früheren französischen Botschafters in Rußland, Rouleux, zusammengetreten. Er will sich mit der praktischen Lösung der russischen Schuldenfrage beschäftigen.
- Der Staatssekretär für Indien hat von der indischen Regierung die Mitteilung erhalten, daß zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im indischen Reich außerordentliche Maßnahmen dringend erforderlich seien.
- Einer Neutermelung zufolge wird die japanische Regierung in Port Arthur in einen Freihafen umzuwandeln.

Bier Mißtrauensvoten im Reichstage.

Berlin, 11. Februar.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten mit folgender Mitteilung: In der Anrede, die zu vorzeitigem Schluß der gestrigen Sitzung geführt hat, ist vielleicht auch der Hinweis des Vizepräsidenten Dietrich auf die ordnungswidrigen Bemerkungen des Abg. Dittmann gegenüber dem Reichsverkehrsminister untergegangen.

Es wird zunächst die Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung fortgesetzt. Die Deutsche Volkspartei hat inzwischen ein

Mißtrauensvotum

eingebracht, in welchem die Nichtanwendung der Verordnung des Reichspräsidenten, die Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft und die Zulassung des Reichskanzlers für die Disziplinarverfahren mißbilligt werden und zum Schluß dem Reichskanzler formell das Mißtrauen ausgesprochen wird.

Abg. Dittmann leitet seine gestern unterbrochene Rede fort und teilt zunächst mit, daß ihm aus dem ganzen Reich zahllose Meldungen über Mißregelungen von Eisenbahnbeamten zugegangen sind. (Hört, hört! links.) In Berlin sind allein 187 Disziplinarverfahren eingeleitet. Eine Nachtragsliste steht noch aus. Im ganzen Reich betragen die Mißregelungsfälle nach Auffassung der Reichsgewerkschaft 25000—30000. (Erneutes Hört, hört! links.) Wird der leider abwesende Verkehrsminister gegen die höheren Beamten die seine Anordnungen in ähnlicher Weise mißachtet haben, auch disziplinarisch vorgehen? Die Nachrichten über die Meldungen der Todesfälle in den Krankenhäusern während des Streiks sind übertrieben. Wir müssen einen Untersuchungsausschuß gegen Herrn Stinnes einsetzen, um festzustellen, ob er in England tatsächlich die deutschen Eisenbahnen verschandeln wollte. (Lachen rechts.) Eine rein sozialistische Regierung wäre in Deutschland sehr gut möglich.

Abg. Koch (Dem.): Wenn der Achtundentag aufrecht erhalten werden soll, dann muß er, soweit wie möglich ausgenutzt werden. Die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz müssen deshalb beginnen. Die Disziplinarverfahren gegen die Streikführer müssen durchgeführt werden, denn die

unerhörte Attake auf unser Nationalvermögen

fordert eine gerechte Sühne. Es bereitet uns Sorge, daß sogar eine Polizeigewerkschaft für die Streikenden gesammelt hat. (Rufe links: Scharfmacher!) Die Technische Nothilfe können wir nicht entbehren, so lange die Gewerkschaften nicht stark genug sind, ihren Willen durchzusetzen. Demokratie darf nicht gleichbedeutend sein mit Schwäche. Auch die deutsche nationale Fraktion hat ein Mißtrauensvotum eingebracht, das begründet wird mit der schwächlichen Haltung der Regierung, dem ungenügenden Schutz des pflichttreuen Personals und der mangelnden Uebereinstimmung zwischen dem Taten und den Worten des Reichskanzlers.

Reichsverkehrsminister Gerner: Wollte ich mich durch das Auftreten des Abg. Dittmann von der pflichtmäßigen Ausübung meines Amtes abhalten lassen, so wäre kein Schmahwort gegen mich stark genug. Dem Wunsch des Abg. Koch entsprechend stelle ich gern fest, daß ich in der Frage der Disziplinarverfahren in voller Uebereinstimmung mit dem Kabinett bin. (Hört, hört! links.) Wenn eine Beeinträchtigung gegen mich in der Aufstellung der Richtlinien im Kabinett gefunden werden sollte, so sind diese Richtlinien von mir entworfen und haben im Kabinett nur unwesentliche Veränderungen erfahren. (Hört, hört!) Ueber die Frage der Mißregelung herrscht

zwischen dem Kabinett und mir in allen Punkten Uebereinstimmung.

Bis jetzt habe ich in 153 Fällen Entlassungsanträgen stattgegeben.

Reichsfinanzminister Hermes (von links mit dem Zurufe begrüßt: Jetzt kommt der Mann, der das Geld bringt! — Heiterkeit.): Ich muß mich mit aller Entschiedenheit gegen die Angriffe des Abg. Dittmann auf die höhere Beamtenstreik im allgemeinen und gegen einzelne Vertreter des Finanzministeriums im besonderen wehren und diese kränkelnden Schmähsungen auf das Schärfste zurückweisen. Das betrifft insbesondere die Anwürfe gegen den Ministerialdirektor v. Schlieben und den Geheimen Ministerialrat Adhennemann. Was die Sache selbst betrifft, so wurden die Leertungszuschläge durch das Gesetz vom 30. April 1920 zu-

nächst auf 50 Prozent der Grundgehälter, Orts- und Kinderzuschläge bemessen, stiegen dann vom 1. Januar 1921 ab von 50 bis 75 Prozent. Die Regierung hat alles getan, um auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung den Bedürfnissen der Beamten gerecht zu werden.

Der Minister zählt dann die Erhöhung der Beamtenbezüge auf und verliest danach statistische Zahlen, aus denen er den Schluß zieht, daß die Beamtengehälter doppelt so stark gewachsen sind wie die Leertungsziffern. (Zuruf von den Kommunisten: Unerhört, solchen Schwindel hier vorzutragen. — Ordnungsruf des Vizepräsidenten Kieker.) Jetzt bleibt nur noch der Weg der

Ueberteuerungszuschläge und der widerrechtlichen Wirtschaftshilfen.

Der Beamtenauschuß hat sich damit schon beschäftigt. Ich lege großen Wert auf ein Zusammenarbeiten mit den Spitzenverbänden. Für ein schleuniges Ergebnis der Verhandlungen werde ich eintreten.

Abg. Schirmer (Deutsche Volksp.) lehnt das Streikrecht der Beamten energisch ab. Wir teilen den Standpunkt des Reichskanzlers. Der Redner dankt dem bayerischen Eisenbahnern, die den Streik nicht mitgemacht haben, und der Technischen Nothilfe.

Abg. Braß (Kom. Arbeitsgemeinschaft) fordert die Rückgängigmachung der Disziplinarverfahren und Mißregelungen, Mitwirkung der Organisationen der Arbeiter und Beamten beim Eisenbahnfinanzgesetz, Erhöhung der Grundgehälter der mittleren und unteren Beamten und ein Mißtrauensvotum über die Gewerkschaften, das im Beamtenrecht verankert werden soll. Dem Mißtrauensvotum der Unabhängigen Sozialdemokratie stimmt der Redner zu.

Abg. Barß (Kom. Arbeiterpartei): Die Regierung und die sie stützenden Parteien selbst haben die Eisenbahner in den Hunger und damit in den Streik getrieben. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen haben durch ihr Verhalten während des Streiks das letzte Vertrauen bei den Arbeitern eingebüßt. Der Redner zitiert das Stenogramm der Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Beamten. Darin soll der Reichskanzler versprochen haben, daß Mißregelungen nicht stattfinden würden. (Hört, hört! links.)

Die Abg. Höllein und Hendemann (Kom.) erhalten nachträglich Ordnungsrufe für unparlamentarische Zurufe gegen den Reichsverkehrsminister.

Zu dem Antrag der Unabhängigen hat inzwischen der Abg. Barß (Kom.) folgende Verschärfung beantragt: Die Erklärung der Reichsregierung entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages.

Damit schließt die Aussprache. Namens der sozialdemokratischen Fraktion gibt Abg. Bender die Erklärung ab, daß sie keinen der eingebrachten Anträge zustimmen könne. Die Fraktion werden dem Reichskanzler unterstützen und vorzuziehen, daß er im Sinne seiner Erklärung handle.

Abg. Dr. Stresemann (Deutsche Volksp.) weist in einer Erklärung darauf hin, daß die Angriffe, die Abg. Dittmann heute wieder gegen den Abg. Stinnes und die Deutsche Volkspartei erhoben habe, ebenso wie die Angriffe der „Frankfurter Zeitung“ bereits von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als von Anfang bis zu Ende erfunden gekennzeichnet worden sind. Herr Stinnes hat auch der „Frankfurter Zeitung“ die verlangte Erklärung geschickt. Herr Stinnes hat vor seiner Reise nach London den Reichskanzler über ihren Zweck eingehend unterrichtet und nach seiner Rückkehr den Reichskanzler und den Minister Rathenau über seine Verhandlungen in London unterrichtet. Zum Schluß weist der Redner auf das Entschiedenste die Behauptung zurück, daß Herr Stinnes im Auswärtigen Ausschusse Privatinteressen vertritt und daß die Fraktion ihm dazu Gelegenheit gebe.

Abg. Dittmann (Unabh.) bleibt bei seinem Verlangen, daß ein Untersuchungsausschuß gegen Stinnes eingesetzt werde. Er schließt: Infolge der Mißregelungen ist mit einem Wiederausbruch des Streikes zu rechnen. (Unruhe rechts, Rufe: Unerhört!)

Reichskanzler Dr. Wirth: Die Regierung braucht volle Klarheit. Leider ist dies mit der Ablehnung der 4 Mißtrauensanträge nicht geschehen. Deshalb erlucht die Regierung die Parteien um ein positives klares Vertrauensvotum. (Lebhafte Zustimmung.)